



Für die Weiterentwicklung verlässlicher und guter Beziehungen zur EU

Referat von Andy Tschümperlin, Nationalrat SZ, Präsident der SP-Bundeshausfraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

Die SP Schweiz hält an ihrer Interpretation fest, dass die Schweizer Bürgerinnen und Bürger mit der knappen Annahme von Art 121a BV am 9. Februar 2014 keine Aufhebung oder Kündigung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) mit der EU beschlossen und im Anschluss daran eventuell sogar den Wegfall eines Grossteils oder der gesamten bilateralen Beziehungen mit der EU in Kauf genommen haben.

Wir unterstützen deshalb den Vorschlag des Bundesrats, die Frage der Zuwanderung zuerst mit der EU zu verhandeln und dann intern umzusetzen.

Die bilateralen Beziehungen zur EU sind für die Schweiz wirtschaftlich, aber auch politisch wichtig. Sie garantieren:

- die Einbindung in Europa;
- gute Beziehungen zu unseren Nachbarländern;
- die Teilnahme am politischen Friedens- und Einigungsprojekt.

Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative darf die engen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU deshalb nicht gefährden.

Dennoch müssen Bundesrat und Parlament der Bevölkerung beweisen, dass sie die Sorgen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Zuwanderung ernst nehmen und ihnen mit flankierenden, wirtschaftlichen und sozialen Massnahmen begegnen. Denn früher oder später werden wir über die Weiterentwicklung unserer Beziehungen zur EU abstimmen müssen. Also muss wieder Vertrauen in die europapolitische Politik des Bundesrats geschaffen werden. Die Personenfreizügigkeit darf nicht weniger frei, sondern sie muss fairer werden.

Die SP Schweiz hat in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von konkreten Massnahmen, die umgesetzt werden können, ohne die Beziehungen zur EU zu gefährden. Ziel dieses Massnahmenkatalogs, der eigenständig mit internen Reformen zur Steuerung der Einwanderung umgesetzt werden kann, ist es, das inländische Potential an Arbeitskräften besser zu nutzen und Fehlanreize zu eliminieren.

Ist der bilaterale Weg auf diese Weise gesichert, dann sollen die bilateralen Beziehungen zur EU in einem nächsten Schritt vertieft werden. Der bilaterale Weg wird gesichert und weiterentwickelt:

- durch eine mit dem Freizügigkeitsabkommen kompatible Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative;
- mit der Umsetzung von internen Reformen, also der Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotentials;
- und einer Verstärkung der flankierenden Massnahmen.

In der nächsten Legislatur wollen wir dieses Ziel erreichen:

- durch ein institutionelles Rahmenabkommen;
- sowie durch neue Abkommen im Forschungs- und Bildungsbereich,
- im Kultur- und Medienbereich,
- sowie im Strommarkt oder dem Finanzdienstleistungsmarkt.

Ich benutze die Gelegenheit zu erwähnen, dass sich mit der Annahme der SP-Motion 14.3120 der Nationalrat für «den Beibehalt, die Weiterentwicklung und die Vertiefung der Beziehungen zu Europa» ausgesprochen hat, wie es SP-Nationalrat Carlo Sommaruga in seiner Motion formuliert. Damit gibt es im Nationalrat eine deutliche Mehrheit für die Rettung der bilateralen Verträge.